2000", biete Gelegenheit, „Japans Streben nach einer dominierenden Weltrolle" zurückzudrängen. Gewinne Tokio endgültig die wirtschaftliche Oberhand, werde „das westliche Paradigma durch ein japanisches" ersetzt, warnt der Report.

Das aber wäre eine Katastrophe für die Menschheit. Denn intolerant seien die Japaner, rassistisch und wie Ameisen gewillt, ihr Leben der Arbeit des Kollektivs zu opfern. Nur selten gäben sie preis, was sie wirklich dächten; die Privatsphäre anderer Menschen bedeute ihnen nichts; ihr Gespür für die Rechte des einzelnen sei „unterentwickelt"; andere Rassen und Nationen seien ihnen gleichgültig; besonders in Tokio gebärdeten sie sich zunehmend „rüpelhafter, ungeduldiger und impulsiver".

Als Beweis für den Übermenschenkomplex der Japaner zitiert Dougherty den japanischen Auto-Tycoon Eiji Toyoda. Ihm zufolge können Amerikaner „keine guten Autos" bauen, weil sie eine „Rasse von Bastarden" seien. Doughertys CIA-Report beschreibt Amerika als eine großherzige Nation, die Japaner hingegen als Egoisten, die auf Schwäche mit Verachtung reagierten: „Je schwächer Amerika wird, desto größer wird die Verachtung der Japaner werden", prophezeit die Studie.

Um Amerika kleinzukriegen, schreckten die Japaner auch vor konspirativen Mitteln nicht zurück. Sie haben Dougherty zufolge die „wirksamste Lobby-Maschine in den USA" aufgebaut, die bisher jeden Widerstand gegen den japanischen Take-over Amerikas plattgewalzt habe. Japanische Fabriken in den USA, behauptet die Studie, würden per Fax und Videokonferenzen an kurzer Leine gemanagt, das Sagen hätten stets japanische Aufpasser.

Weil sie das tatsächliche Ausmaß ihrer Investitionen in den USA verschleiern wollten, betrieben die japanischen Kapitalisten sogar eine gigantische Geldwäsche: „Sogenannte britische Investitionen sind oftmals in Wahrheit japanische Anlagen."

Die USA, stellt der Report bedauernd fest, hätten sich ihr eigenes Grab geschaufelt, als sie die 1945 besiegte Nation in Fernost wieder hochpäppelten. Nicht einmal ein halbes Jahrhundert später versuchten die Verlierer von einst, „in buchstäblich jedem Bereich die Überlegenheit zu erlangen". Das Fazit: Japan sei „eine signifikante Bedrohung der nationalen Sicherheit der USA".

Zu einem ähnlichen Schluß waren schon andere Japan-Kritiker wie etwa Ronald Reagans Handelsbeauftragter Clyde Prestowitz oder der frühere Japan-Korrespondent der angesehenen Monatszeitschrift *The Atlantic*, James Fallows, gelangt. Für sie und eine wachsende Zahl von Amerikanern bestätigt der CIA-Report die schlimmsten Befürchtungen über Japans finstere Absichten.



Report-Autor Dougherty
„Aufruhr provozieren"

Daß die Erstfassung der Studie mittlerweile entschärft wurde, begründet der ertappte Dougherty verschämt mit der Notwendigkeit einer „umfassenderen Prüfung" des Inhalts; die habe ergeben, daß einige Behauptungen „unhaltbar" seien. RIT-Rektor Richard Rose distanziert sich ebenfalls von der Erstfassung; er will jetzt zu einem Canossa-Gang nach Tokio aufbrechen. Autor Dougherty hat schon gebüßt: Vorletzte Woche trat er von seinem Posten am RIT zurück.

Kolumbien

Guter Mensch

Die Regierung will die Drogenmafia zur Aufgabe bewegen – mit einem großzügigen Friedensangebot.

Eine schmale, kurvenreiche Straße schlängelt sich durch grüne Hügel zu einem Komplex einstöckiger Häuser mit roten Ziegeldächern, großen Fenstern und geschnitzten Holztüren. Ein stattlicher Landsitz mit prachtvoller Aussicht, wären da nicht der sechs Meter hohe elektrische Zaun und neun Wachtürme mit starken Flutlichtstrahlern.

Fieberhaft verwandelten seit Mitte Mai Baubrigaden das Anwesen, wo Drogenabhängige Heilung finden sollten, in ein Hochsicherheitsgefängnis erster Klasse. Zu den Annehmlichkeiten gehören ein Fußballplatz sowie eine Sporthalle mit Billard- und Pingpongtischen. Die sechs Gemeinschafts- und sechs Einzelzellen mit eigenem Bad und Fernseher können 70 Häftlinge aufnehmen. Die sollen sich auch an Oleander, Zimmertannen und Palmen erfreuen.

Der 300 000 Dollar teure Umbau des Sanatoriums in einen Spitzenknast erfolgte auf Wunsch des wohl mächtigsten Mannes in Kolumbien: Pablo Escobar, 41, Chef des weltgrößten Kokainkartells.

Der Drogenboß hatte angekündigt, er sei bereit, sich der Justiz zu stellen. Für seine Luxusverwahrung wählte er Envigado, seinen Geburtsort nahe Medellín – der Stadt, die seinem Rauschgiftring den Namen gab. Dort sind ihm die Ein-



Drogenbosse Ochoa, Escobar 1982: „An die Himmelspforten geleiten"



Vorbereitetes Escobar-Gefängnis in Envigado: Luxusverwahrung zwischen Oleander und Palmen

heimischen gewogen, hatte er doch mit großzügigen Spenden Wohnsiedlungen, Krankenhäuser und Fußballklubs finanziert. Anderswo fürchtet Escobar Mordanschläge von ehemaligen Komplizen und der Konkurrenz aus Cali.

Ende voriger Woche war alles zu seinem Empfang bereit. Sorgfältig verlesene Wärter – keiner stammt aus Cali – und der Gefängnisdirektor hatten die Haftanstalt schon bezogen. Für die Außenbewachung standen auf ausdrücklichen Wunsch Escobars 150 Militärpolizisten bereit – der Kokainkönig traut der Polizei nicht. Drinnen sollen ihn seine besten Leibwächter schützen, die den Chef in die Zelle begleiten müssen.

Der Priester Rafael García Herreros, 82, der den seit Jahren untergetauchten Escobar in höchstem Auftrag überredet hatte, sich zu stellen, soll ihn zu seiner neuen Unterkunft bringen. „Ich will ihn an die Himmelspforten geleiten", verkündete der Geistliche. In seiner abendlichen Fernsehpredigt übermittelte er vor wenigen Tagen chiffrierte Hinweise: „Ich erwarte dich in Weißes Fohlen und Die Stute, du verstehst schon."

Sollte Pablo Escobar tatsächlich in das edle Gefängnis von Envigado einziehen, wäre das der Höhepunkt einer Politik der Nachgiebigkeit, die Kolumbiens Präsident César Gaviria kurz nach seinem Amtsantritt vergangenen August im Kampf gegen die Drogenkartelle begonnen hatte. Um die mächtigen Bosse aus ihren Verstecken zu locken, garantierte er, sie nicht an die USA auszuliefern. Gleichzeitig drohte er denen, die keine Reue zeigen wollten, mit gnadenloser Verfolgung und Auslieferung, falls sie gefaßt würden.

In den USA verurteilt zu werden und lebenslang hinter Gitter zu kommen – wie der Medellín-Mann Carlos Lehder, der eine Strafe von lebenslang plus 135 Jahre in Marion (Illinois) verbüßt – ist das einzige, wovor die kolumbianischen Drogenhändler zittern. Seit sieben Jahren verfolgen deshalb die „Extraditables" (Auslieferbaren), wie sie sich selbst nannten, Politiker, Justizbeamte und Journalisten, die sich für eine Überstellung an die Amerikaner verwandten.

Justizminister Rodrigo Lara Bonilla war 1984 ihr erstes Opfer; ein Generalstaatsanwalt, mehrere Dutzend Journalisten und drei Präsidentschaftsanwärter wurden seitdem umgebracht.

Zwar gelangen Polizei und Armee einige empfindliche Schläge, nachdem Gavirias Vorgänger 1989 den Drogenkrieg ausgerufen hatte: Die Nummer zwei des Medellín-Kartells, Gonzalo Rodríguez Gacha, wurde bei einem Feuergefecht ebenso getötet wie ein Cousin Escobars. 22 minder bedeutende Dealer werden von den Behörden an die US-Justiz ausgeliefert. Doch das Kartell überzog Kolumbien mit beispiellosem Terror: Die Extraditables sprengten ein Flugzeug (107 Tote) und zerbombten die Zentrale der Geheimpolizei in Bogotá (63 Tote). Bei Anschlägen starben insgesamt 600 Menschen. Für jeden getöteten Polizisten setzte Escobar 4000 Dollar aus, an die 300mal mag er das Kopfgeld ausgezahlt haben.

Um dem neuen Präsidenten Gaviria seine ungebrochene Macht zu beweisen, ließ er neun Journalisten entführen, die alle der liberalen Regierungspartei nahestanden. Seit Dezember gab er nach und nach sechs Geiseln frei. Doch die Schwester des kolumbianischen Botschafters in Kanada ließ er im Januar hinrichten. Einen Tag später erschossen seine Männer Diana Turbay, die Tochter eines früheren Präsidenten, als Sicherheitskräfte die Farm stürmten, auf der sie und ein Leidensgenosse gefangengehalten wurden.

Weil der Staat den Drogenbossen weder mit Gewalt noch mit der Justiz beikommen konnte, lenkte Präsident Gaviria ein. In einer Reihe von Dekreten feilte er sein Friedensangebot zurecht – nach den Wünschen der Verbrecher. Direkte Verhandlungen mit den „Narcos" lehnte er zwar ab, doch eine Kommission von „Notablen" – zwei ehemalige Präsidenten, ein Kardinal, ein Ex-Guerrillero – sprang als Vermittler ein.

So werden Drogenbosse, die sich stellen, nicht genötigt, gegen Komplizen auszusagen. Um in den Genuß von Strafminderung zu kommen, müssen sie nur ein Verbrechen gestehen; mit der Verurteilung gelten dann sämtliche Straftaten als gesühnt.

Die Abrechnung der kolumbianischen Justiz mit dem Medellín-Kartell, der bedeutendsten Verbrecherorganisation des Landes, könnte unter diesen Umständen am Ende zur Farce werden. Richter glauben, daß Escobar, dem US-Drogenfahnder den Schmuggel von Hunderten Tonnen Kokain und über tausend Morde anlasten, mit drei bis sieben Jahren Gefängnis davonkommen könnte.

Zwar wollen die US-Behörden den kolumbianischen Kollegen Belastungsmaterial zur Verfügung stellen. Doch manches davon kann in Kolumbien nicht als Beweis zugelassen werden. Vor allem aber werden die um ihr Leben bangenden Zeugen kaum zur Aussage bereit sein.

Einige Partner Escobars wie die drei Ochoa-Brüder haben das großzügige Angebot der Regierung schon angenommen. Im Spezialgefängnis von Itagüí führen sie sich als Musterhäftlinge auf und warten auf ihren Prozeß. Sie empfangen Besuch von Anwälten und Verwandten, verzehren von ihrer Mutter zubereitete Mahlzeiten und vertreiben sich die Zeit mit eigens installiertem Kabelfernsehen.

Von der Justiz haben sie weniger zu befürchten als von Rivalen und Polizisten jenseits der Mauern: Gegen den Jüngsten des Clans, Fabio, haben die kolumbianischen Behörden nichts in der Hand, gegen den Wichtigsten, Jorge Luis, nur Bagatelldelikte, obwohl er der dritte Mann des Medellín-Kartells war.

Wenn die Richter ihnen wenig nachweisen können, verlassen die Brüder schon bald ihre Zellen und dürfen ihren illegal angehäuften Reichtum fortan unbehelligt genießen.

Gegen den grotesken Handel der Regierung mit den Rauschgiftbossen regt sich in Kolumbien kaum Widerstand. Zu sehr hat der Terror, den Escobars Gehilfen in den vergangenen zwei Jahren verbreiteten, die Menschen zermürbt. Schon bescheinigt der TV-Geistliche García Herreros „Don Pablo", er sei „im Grunde ein guter Mensch". Wie der alte Priester befürwortet inzwischen die Mehrheit der Bevölkerung Vergeben und Vergessen gegenüber den Narcos, wenn damit nur Frieden erkauft wird.

Doch diese Hoffnung könnte sich schnell als trügerisch erweisen. Denn es ist unwahrscheinlich, daß der Handel mit Kokain, der jährlich Milliarden einbringt, zum Erliegen kommt, nur weil die derzeitigen Bosse eine Zeitlang eingesperrt werden. „Das Geschäft erben andere", warnt ein Kommentator in der Zeitschrift *Semana*: „In fünf Jahren werden sie genauso mächtig sein wie Escobar jetzt."

Österreich

Weiches Reförmchen

Die Sozialisten haben sich umbenannt. Nicht alle Genossen sind glücklich darüber.

Im 102. Jahr ihrer Parteigeschichte strebten die Roten zurück zu den Anfängen. Auf ihrem Linzer Parteitag am vergangenen Wochenende wurde die Sozialistische Partei Österreichs umgetauft in Sozialdemokratische Partei. Damit nahm sie wieder jenen Namen an, den sie sich auf dem „Einigungsparteitag" von Hainfeld zur Jahreswende 1888/89 gegeben hatte, als es Victor Adler gelungen war, die zerstrittenen Gruppen der österreichischen Arbeiterbewegung zusammenzuführen.

Die Parallele zu ähnlichen Vorgängen in Osteuropa – sogar Albaniens Kommunisten legten sich jetzt den neuen Tarnnamen Sozialistische Partei zu – ist nicht zufällig. Die österreichischen Genossen befürchten, das klägliche Scheitern der osteuropäischen Planwirtschaften habe den Begriff „sozialistisch" zum Unwort schlechthin gemacht und könne damit auch die SPÖ Sympathien kosten.

Das neue Etikett – zugleich wurde auch ein neues Logo gewählt, welches das Parteikürzel vor dem Hintergrund einer Europafahne zeigt – soll unterstreichen, was ohnehin längst vollzogen wurde: Verzicht auf das klassenkämpferische Image einer Partei, die zu Beginn des Jahrhunderts mit dem Austromarxismus eine der wichtigsten ideologischen Richtungen der Arbeiterbewegung hervorbrachte und geprägt war vom Bestreben, „immer mitten zwischen dem Reformismus und dem Bolschewismus" zu stehen, wie der Theoretiker Otto Bauer seinerzeit formulierte.

Die Genossen an der Basis jedoch halten die Erinnerung an das klassenkämpferische Pathos der Austromarxisten immer noch gern hoch. Das zeigte sich zuletzt beim Mai-Aufmarsch in Wien, als 50 000 Sozis mit wehenden roten Fahnen über die Ringstraße zogen und dazu revolutionäre Lieder sangen.

Selbst Kanzler Franz Vranitzky, sonst der Inbegriff des „Nadelstreifsozialisten", den weite Kreise des bürgerlichen Lagers als einen der ihren reklamieren, wurde gesehen, wie er auf der Tribüne die „Internationale" anstimmte.





SPÖ-Chef Vranitzky, neues Parteiemblem „Nadelstreifsozialist"

Angesichts solcher Bilder mußte Gorbatschow ganz weh ums Herz werden. Zur selben Zeit wurden auf dem Roten Platz in Moskau auch nur 50 000 Genossen gezählt.

Zur nostalgischen Verklärung der Vergangenheit paßt auch Österreichs Wappenadler, der nach wie vor Hammer und Sichel in den Klauen hält und, wenn es nach der SPÖ geht, dieses Symbol auch nicht so schnell herausrücken wird.

Ein leichter Geruch von Ostblock haftet der SPÖ ohnedies an, die seit nunmehr 21 Jahren an der Macht ist und sich in dieser Zeit praktisch zur Staatspartei mauserte. „Ohne Partei bin ich nichts", hatte Exkanzler Fred Sinowatz bekannt. Treffender hätten auch russische oder bulgarische Kommunisten nicht die Abhängigkeit des einzelnen vom allmächtigen Parteiapparat ausdrücken können.

Wie stark die beharrende Kraft dieses Apparats ist, mußte nun sogar Bundeskanzler Franz Vranitzky erkennen, der die Partei seit fünf Jahren führt und sich zu so etwas wie einem schützenden Übervater der SPÖ entwickelte, dessen Image die zahlreichen Skandale und Affären überstrahlte, von denen die Partei in den letzten Jahren immer wieder gebeutelt wurde.

Die tiefgreifenden Reformen, die vor dem jüngsten Parteitag in Linz diskutiert wurden, „sind von Anfang an gebremst und verwässert worden", klagt Martin Winkler, Vorsitzender der Sozialistischen Jugend. „Da half auch kein starker Franz."

Die Jusos hatten etwa Vorwahlen von Kandidaten durch die Basis gefordert, um eine Erneuerung des erstarrten Apparats durchzusetzen, und auch die Möglichkeit, parteilose Persönlichkeiten zu wählen. Alle diese Reformen werden nun provisorisch eingeführt, mit einer Probezeit von zwei Jahren. Wenn eine Unterorganisation von den Neuerungen nichts hält, braucht sie sich nicht daran zu halten. „Aus der geplanten Reform ist so ein weiches Reförmchen geworden", kritisiert SJ-Chef Winkler die Parteispitze.

Die Namensänderung der Partei, so Winkler, sei „eine kosmetische Operation" ohne tiefere Folgen, der er nichts abgewinnen könne. Die Sozialistische Jugend will daher auch der Empfehlung der Mutterpartei nicht folgen. „Wir sind stolz auf den Namen Sozialistische Jugend", sagt Winkler „und sehen keinen Grund, ihn zu ändern." ◀